Nummer 142

Mit Kurszettel

Berliner Börsen-Zeitung

Mit Kurszettel

Verantwortliche Leiter: Handelsteil W. Funk, Berlin; Politischer Teil: Dr. Paul Oestreich, Berlin; Kunst, Wissenschaft und Lokales: F. Lippes, Berlin-Friedenau.

Verantwortlich: Für den Inseratenteil H. Bonglowsky, Berlin-Charlottenburg. Verlag u. Druck: Berliner Börsen-Zeitung, Druckerei und Verlag, Ges. m. b. H., Berlin W 8, Kronenstr. 37.

Abendausgabe . 20 Pfennig. 70. Jahrgang Mittwoch, 25. März 1925

Der Wahnsinn der Erfüllungspolitik auf dem Höhepunkt.

Stresemann will das Versailler Diktat anerkennen.

Seit Monaten ist die deutsche politische Oeffentlichkeit eigentlich nur mit Kabinettskrisen zunächst im Reich und dann in Preußen und einigen anderen deutschen Ländern und jetzt mit der Wahlagitation für die Reichspräsidentschaft beschäftigt. Für die Außenpolitik ist kaum Zeit und Interesse vorhanden. Das Außenministerium hat aber, obwohl sein Leiter, Herr Dr. Stresemann, zeitweilig in Demission befindlicher Minister war, mit den fremden Mächten Verhandlungen von größter grundsätzlicher Bedeutung geführt und vertragliche internationale Bindungen für Deutschland angebahnt, die einen vollständigen Kurswechsel der deutschen Außenpolitik bedeuten.

Wären England, Frankreich, Belgien und Italien nicht so brennend an den Vorschlägen Dr. Stresemanns interessiert und ihre Presse nicht so gut unterrichtet gewesen, so würde die deutsche Oeffentlichkeit noch viel längere Zeit nichts davon erfahren haben, als er schließlich geschehen ist. Und was in den letzten Wochen endlich amtlich und halbamtlich in Berlin über die sogenannten Sicherheitspakt-Verhandlungen mitgeteilt worden ist, war auch noch unklar und zweideutig.

Je aber hat Chamberlain durch seine Rede im englischen Unterhaus den Schleier, der die Vorgänge bisher verhüllt hat weggerissen und bekanntgegeben:

„daß Deutschland bereit ist, freiwillig zu garantieren, was es bisher nur unter dem Zwang des Versailler Vertrages angenommen hat, nämlich den status quo im Westen, daß es ferner bereit ist, den Krieg nicht nur im Westen auszuschalten, sondern überhaupt auf ihn als ein Mittel zu verzichten, durch das eine Aenderung seiner vertragsmäßigen Lage zu erlangen wäre. Deutschland ist bereit, alle Wünsche nach Aenderung dieser Grenzen aufzugeben und einen gegenseitigen Garantievertrag bezüglich ihres jetzigen Zustandes abzuschließen. Was den Vorschlag schiedsgerichtlicher Verhandlungen über die Ostgrenzen anbetrifft, so schlägt es nicht vor, daß seine östlichen Grenzen das Thema solcher Schiedsgerichts-Verträge sein sollen. Es ist bereit zu der Erklärung, daß es den Gedanken aufgibt, die östlichen Grenzen durch kriegerische Maßnahmen zu ändern, aber Deutschland ist nicht bereit zu erklären, daß es jede Hoffnung aufgeben wird, jemals die östlichen Grenzen durch freundschaftliche Verhandlungen, auf diplomatischem Wege oder durch die Vermittlung des Völkerbundes an gewissen Punkten zu ändern."

Wir nehmen nicht an, daß Chamberlain etwas Falsches über die deutschen Vorschläge gesagt hat. Unter dieser Voraussetzung fühlen wir uns aber gezwungen, die bisherige Zurückhaltung bezüglich der schwebenden außenpolitischen Verhandlungen aufzugeben und dem ganzen deutschen Volk zuzurufen, daß die deutsche Außenpolitik gegenwärtig einen Kurswechsel vollziehen will von einer pazifistischen Tendenz, wie sie selbst Wirth oder Müller-Franken dem deutschen Volk nicht zuzumuten gewagt haben. Das Versailler Diktat soll jetzt freiwillig anerkannt werden und für die Westgrenze sogar endgültig der Verzicht ausgesprochen werden, daß ihre Aenderung selbst auf friedlichem Wege angestrebt werden darf. Das Mittel des Krieges wird endgültig abgeschworen auch Polen gegenüber, ohne daß auch nur das Recht verlangt würde, die Grenzfrage zwischen Deutschland und Polen oder Deutschland und der Tschechoslowakei sofort vor dem Völkerbund zu bringen.

Eben gestern hat ein elsässischer Abgeordneter in der französischen Kammer in deutscher Sprache Forderungen für die deutschen Elsässer erhoben. Zur selben Zeit erfahren die deutschen Elsässer auf dem Umweg über London, daß Deutschland sie endgültig der französischen Freundherrschaft überlassen will.

Könnte die Erfüllungspolitik und der Pazifismus weitergetrieben werden, wenn nicht Herr Dr. Stresemann sondern Breitscheid oder Hallo von Gerlach oder Wirth die deutsche Außenpolitik bestimmten? Mußte dazu die deutsche Volkspartei nach dem Zusammenbruch, sowohl dem politischen wie wirtschaftlichen, der Wirthpolitik in die Regierung hineingehen, nachdem sie bis im Herbst 1923 an der Opposition das Versailler Diktat verflucht hatte? Lohnt es für sie und die deutschnationale Volkspartei eine solche Außenpolitik mitzumachen, nur um nicht sofort aus der Regierung herauszugehen?

Wie kommt nun Dr. Stresemann trotz seiner nationalen Vergangenheit dazu, eine derartige Politik zu betreiben?

Es sei versucht nach seinen Reden und den Veröffentlichungen der ihm zugänglichen Presse seine Gedankengänge herauszuschälen.

Er scheint sich zu sagen: Deutschland ist entwaffnet und auf ganz unabsehbare Zeit nicht imstande Krieg mit irgendeinem seiner Nachbarn, am allerwenigsten mit Frankreich zu führen. Daher ist es das Beste, man nimmt diesen Zustand als unabänderliche Grundlage und tut freiwillig das, was man infolge der Waffenlosigkeit zu tun doch gezwungen ist. Erkennen wir also das Versailler Diktat freiwillig an, verzichten feierlich auf die Benutzung einer etwa sich bietenden Möglichkeit zur gewaltsamen Aenderung des Diktats und geben wir auf diese Weise unseren Nachbarn, besonders Frankreich, das Sicherheitsgefühl, das sie verlangen und ohne das sie uns nach ihrer Angabe nicht zur Ruhe kommen lassen wollen. Damit werden wir erreichen, daß Frankreich seinerseits auf die Rheingrenze verzichtet, ferner auf die Neutralisierung beider Rheinufer und auf die dauernde weitere Kontrolle des Rheinlandes. Die Logik nötigt dann ferner, sobald der Sicherheits- und Garantiepakt von England, Frankreich Belgien, Italien und Deutschland unterschrieben ist, auf die feindliche Besetzung des Ruhr- und Rheingebietes zu verzichten, da ja neben dem Pakt eine besondere Sicherung durch Besetzung deutschen Gebietes unsinnig wäre.

Unseres Erachtens sind alle diese Erwägungen genau solche Illusionen, wie die von der Räumung Kölns war und die von der Räumung des Ruhrgebietes bis zum 10. August sein wird. Mit diesen letzteren Illusionen ist das deutsche Volk hauptsächlich veranlaßt worden, den Dawes-Plan und das Londoner Abkommen auf sich zu nehmen. Die Tatsachen haben uns bisher um alle diese Hoffnung betrogen, uns und Marx und Stresemann dazu.

Alles spricht dafür, daß es uns bei dem Sicherheitspakt genau so gehen wird. Zunächst sind alle Alliierten und besonders alle Parteien Frankreichs darüber einig, daß keine der Sicherheiten des Versailler Vertrages abgebaut werden darf, daß vor allem garnicht daran zu denken ist, die Besetzungsfrist, die noch 10 Jahre läuft, abzukürzen. Die dauernde Militärkontrolle Deutschlands wird von jeder französischen Regierung als Lebensfrage behandelt werden; auch an ihre Aufhebung ist nicht zu denken, und sie wird drückend und demütigend bleiben, selbst wenn sie an den Völkerbund übergehen sollte.

Aber das Allerwichtigste ist, daß auch für die Gegner die Sicherheitsfrage nur eine Vorstufe für die allgemeine Rüstungsbeschränkung sein soll. Ohne Rüstungsbeschränkung keine Sicherheit und gerade in der Rüstungsfrage spielen gegenwärtig, da Deutschland rettungslos entwaffnet ist, nur die militärisch stark geblieben Mächte eine Rolle, voran England, Frankreich, Italien, Nordamerika und Japan.

Warum will gerade jetzt Nordamerika eine neue Abrüstungskonferenz zur Beschränkung der Rüstungen zu Wasser, zu Lande und zur Luft zusammenberufen? Etwa um sich ebenfalls von dem wehrlosen Deutschland bestätigen zu lassen, daß wir es nicht angreifen wollen? Nein! Die Nordamerikaner verfolgen mit Mißtrauen den Versuch Englands, mit deutscher Hilfe einen europäischen Vertrag zustande zu bringen, der England und Frankreich unzweifbar militärisch verknüpfen würde, weil Frankreich trotz aller Sicherheitsverträge niemals die Angst vor dem deutschen Volk verlieren wird. Da wirft die Regierung Washington ihrerseits den Streitapfel unter die anderen großen Militärmächte, indem sie die Abrüstung anregt, die auch Nordamerika die gewünschte Sicherheit gebe, die aber andererseits durch alle Vormachtspläne Englands und Frankreichs und durch alle japanischen Aspirationen einen dicken Strich machen würde. Nordamerika kann nicht zusehen, daß England und Frankreich sich zusammentun, sich gegen Europa gemeinsam den Rücken freimachen, sich dort einen langen Frieden sichern, und dadurch, ohne abzurüsten, alle ihre Kräfte für ihre machtpolitischen Ziele in den anderen umstrittenen Gebieten der Erde, eventuell auch gegen Nordamerika freizubekommen.

Wir sind überzeugt, daß die nächste Washingtoner Abrüstungskonferenz, falls sie zustande kommt, auch kein besseres Ergebnis haben wird, als die vorige, nämlich eine Scheinlösung, bei der alle die Möglichkeit zum Weiterrüsten finden und niemand seine Sicherheit garantiert. Dann bleiben alle Sicherheitsverträge und alle Schiedsgerichtsverträge auf dem Papier und werden furchtbare Zwangsmittel nur gegen diejenigen, die waffenlos sind, besonders gegen Deutschland. Aehnliches würde gelten, wenn Deutschland in den Völkerbund einträte. Uns würde man als Wehrlose zur peinlichsten Erfüllung jeder Satzungsbestimmung, jedes Ratsbeschlusses zwingen und wollte es Frankreich wieder allein tun, auf Grund eigener selbstherrlicher Interpretation, so würde ihm niemand in den Arm fallen, der Völkerbund würde uns keinen Schutz gewähren, genau so wenig wie England oder der Völkerbund uns geschützt haben, als Franzosen und Belgier rechtswidrig das Ruhrgebiet überfielen.

Wir würden durch Unterschreiben eines Sicherheitspaktes weder des französischen Volkes Seele noch den feindlichen Großmächten den Frieden sichern, denn die Kriegsgründe für sie ergeben sich aus ihren gegenseitigen Interessen. Wir würden das Ruhrgebiet nicht sofort und das Rheinland nicht vor Ablauf von 10 Jahren freibekommen aber wir würden neue Fesseln drückendster Art auf uns nehmen.

Das kann kein so großes und starkes Volk tun wie das deutsche. Soeben haben die Führer der Arbeiterpartei in England erklärt, sie würden die Außenpolitik Chamberlais und seine Verwerfung des Genfer Protokolls nicht anerkennen, sondern sie rückgängig machen, sobald sie wieder an die Regierung kämen. Im deutschen Volk stecken Kräfte von ähnlicher Tendenz. Die Leitung der Außenpolitik durch Stresemann erscheint uns geradezu als ein furchtbares Verhängnis. Sie mag zu dem papiernen Erfolg irgendeines Vertrages führen, der vom Reichstage wieder unter dem Druck der durch innenpolitische Hetze aufgepeitschten Straße genehmigt wird, aber es wird ein Stück Papier bleiben — sicher auf der feindlichen Seite und letzten Endes — auch bei uns.

Dr. Oestreich.

England fühlt sich als Herr über Krieg und Frieden in Europa.

Die große außenpolitische Aussprache im Unterhaus.

London, 25. März.

Chamberlain führte in seiner gestrigen großen Unterhausrede über seine Besprechungen mit Herriot noch folgendes aus: Man habe ihn mit einer eigentümlichen Mission betraut. Er Frankreich hege eine tiefe Sympathie und er erkenne, was Frankreich für die Welt und für Großbritannien getan habe. Er sei aber beauftragt worden, Herriot mitzuteilen, daß die englische Regierung das Genfer Protokoll nicht unterzeichnen könne, und auch Frankreich zu versichern gegeben, daß auch nicht diese Rede von einem englisch-französisch-belgischen Garantievertrag sein könne. Er habe Herriot erklärt, daß die englische Regierung den deutschen Vorschlägen die größte Bedeutung beimesse, die die sorgfältigste Würdigung verdiente. In dieser Ansicht hätten alle Vertreter der ausländischen Regierungen, mit denen er in Genf zusammengetroffen sei, übereingestimmt. Ferner habe er darauf hingewiesen, daß die, mit der Kölner Besetzung zusammenhängenden Fragen im deutschen Vorschlag nicht erwähnt seien,

daß also die deutsche Regierung keine Bedingungen in bezug auf die Dauer der Besetzung dieser Zone gestellt habe.

Chamberlain schloß: „Wenn wir uns nicht aus der Atmosphäre der Verdächtigungen und Befürchtungen retten können, so wird Europa in neue Kriege verwickelt werden, wenn nicht in dieser Generation, so in der Generation unserer Kinder oder unserer Enkel. Ohne unser Verschulden ist unsere Politik bisher zögernd und unbeständig gewesen. Dank den eingeleiteten Verhandlungen aber sehe ich die Morgenröte der neuen Zeit aufsteigen. Durch unser Wirken kann das Kapitel der Kriege geschlossen werden, und ein wahrer Frieden kann beginnen. Die Verwirklichung des Friedens liegt in den Händen des britischen Reiches (!) Wenn dies besteht, daß kein Krieg mehr sein soll, wird auch keiner mehr sein. (!)

Nach Chamberlain ergriff

Lloyd George

das Wort. Er ersuchte Chamberlain, bei der nächsten Völkerbundsversammlung das Prinzip des Schiedsspruches nicht abzulehnen. Das Genfer Protokoll leide an einem Hauptfehler, es hätte nämlich England verpflichtet, in allen Teilen der Welt Krieg zu führen, sofern seine Hilfeleistung gefordert wurde. Wenn der Friede wirklich in der Welt zur Herrschaft gebracht werden solle, so müsse Amerika sich den Schiedsgerichtskommissionen anschließen. Sobald dies einmal geschehen sein werde, werde der Krieg ein für allemal unmöglich gemacht worden sein.

Hierauf betrat

Macdonald

die Rednertribüne und führte unter anderem aus, die Erklärungen Lloyd Georges stellten einen Anschlag auf den Versailler Vertrag dar. Der liberale Führer habe sich benommen, wie ein Stier in einem Porzellanladen. Es handele sich nicht um eine Parteifrage, sondern um ein europäisches Problem. Die bloße Tatsache, daß Deutschland das Schiedsgerichtssystem für einen Teil seiner Grenzen annehme, sei für die europäische Sicherheit von der größten Bedeutung. Heute handele es sich darum, etwas praktischeres einzuführen als die alten Militärallianzen. Er stehe dem deutschen Garantievorschlag ziemlich skeptisch gegenüber. Nach seiner Ansicht erlange Frankreich dadurch nur eine vorübergehende Sicherheit. Das Problem der europäischen Sicherheit bleibe noch wie vor ungelöst. Eine Lösung sei erst zu erwarten, wenn das Problem auf eine universelle Grundlage gestellt werde.

Zuletzt ergriff

Baldwin

das Wort und erklärte: „Wenn die Anstrengungen Chamberlains Erfolg haben würden, so werde er den Frieden in Westeuropa näher sein als je, seit der Unterzeichnung des Versailler Vertrages. Wenn England einen Dreimächte-Vertrag unterstützen würde, der gegen Deutschland oder gegen irgend ein andere Macht gerichtet wäre, so würde es dadurch ein neues Gleichgewicht der Mächte unterdrücken. Aus diesem Grunde habe die englische Regierung den englisch-französisch-belgischen Vertrag nicht annehmen können.